

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:
Rechtsamt

Betreff:

Satzung über den Wasserversorgungsbeitrag

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 05. Oktober 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	15.09.2010	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	30.09.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die in der Anlage 1 beigefügte Satzung über den Wasserversorgungsbeitrag wird beschlossen. Die als Anlage 2 beigefügte Kalkulation des Wasserversorgungsbeitrags ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Satzung über den Wasserversorgungsbeitrag
A 02	Kalkulation des Wasserversorgungsbeitrages (Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.09.2010

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 30.09.2010

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Enthaltung 2

Begründung:

1. Wasserversorgung in Heidelberg

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 01.07.2010 beschlossen, den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg zu gründen und die Wasserversorgung auf den Eigenbetrieb zu übertragen. Damit ergibt sich die Möglichkeit für die Wasserversorgung ein öffentlich rechtliches Benutzungsverhältnis zu schaffen und Gebühren zu erheben.

2. Die Satzung über den Wasserversorgungsbeitrag

Der Eigenbetrieb möchte zur teilweisen Deckung seines Aufwandes für die Anschaffung, die Herstellung und den Ausbau der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen einen Wasserversorgungsbeitrag erheben.

Bisher wurden von der SWH-N Baukostenzuschüsse gemäß § 9 AVBWasserV erhoben.

Für den Eigenbetrieb gilt diese Verordnung nicht. Die Beitragserhebung soll daher in einer Satzung geregelt werden.

Maßstab für den Wasserversorgungsbeitrag ist die Summe aus den Grundstücksflächen und der Geschossflächenzahl.

Für die Satzung über den Wasserversorgungsbeitrag wurde eine Beitragsobergrenze nach den Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ermittelt (Anlage 2).

Zur Durchführung der Berechnung standen folgende Unterlagen / Dateien zur Verfügung:

- Anlagevermögen zum 31.12.2009,
- Baukostenzuschüsse zum 31.12.2009,
- Globalberechnung des Abwasserbeitragsatzes.

Hierbei dienen sinngemäß die Zahlen der Globalberechnung zur Ermittlung des Abwasserbeitrages als Basis für die Beitragsobergrenze des Wasserversorgungsbeitrages, um hier gleiche Voraussetzungen zu schaffen.

Ausgehend von den Herstellungs- und Anschaffungskosten des bestehenden Kanalnetzes zum 31.12.2009 und abzüglich der Baukostenzuschüsse für Wasser zum gleichen Zeitpunkt sowie abzüglich eines 10 %igen Abschlags ergibt sich ein beitragsfähiger Herstellungsaufwand.

Der festgelegte 10 %ige Anteil des öffentlichen Interesses ist im Wesentlichen für Löschwasser (Feuerwehr), Besprengung, Reinigung der Straßen und dergleichen zu berücksichtigen.

Nach der Berechnung ergibt sich eine Beitragsobergrenze des Wasserversorgungsbeitrags in Höhe von 3,07 €/qm.

Der Beitragssatz liegt im mittleren Bereich vergleichbarer Beitragsobergrenzen anderer Gemeinden.

gezeichnet
In Vertretung

Dr. Joachim Gerner